



Newsletter

26. März 2021

Kirche – Gottesdienstbesuch in Hessen an Ostern möglich

Die Regelung zu Gottesdienstbesuchen an Ostertagen wird genauso sein wie zu den vergangenen Weihnachtsfeiertagen. Darauf haben sich Ministerpräsident Volker Bouffier und die Spitzen der Evangelischen Kirchen und der Katholischen Bistümer in Hessen geeinigt.

Gesundheit – Hessische Hochschulen übernehmen Hebammen-Ausbildung

In Fulda, Frankfurt und Gießen wird es künftig insgesamt mindestens 140 Studienplätze pro Jahr für Hebammen geben. Damit wird in Hessen nicht nur, wie vom Bundesgesetzgeber vorgesehen, die Hebammenausbildung ab 2023 vollständig in Form eines Dualen Studiums angeboten, die Kapazität übertrifft dank finanzieller Unterstützung der Landesregierung sogar die der bisherigen Ausbildungswege.

Finanzen – Hessen setzt Maßstab mit europaweit beachtetem Haushaltsprojekt

Hessen hat als erstes Land und als eine der ersten Gebietskörperschaften in Europa einen Jahresabschluss nach Grundsätzen internationaler Rechnungsführung aufgestellt. Mit diesem europaweit beachteten Haushaltsprojekt für solide und transparente Finanzen leistet das Land einen wichtigen Beitrag, um die Haushaltsführung innerhalb der EU-Mitgliedstaaten zu modernisieren und zu vereinheitlichen.

Außerdem in dieser Ausgabe:

- ▶ Wissenschaft – Prof. Dr. Sandra Ciesek „Hochschullehrerin des Jahres“
- ▶ Corona-Pandemie – Schutz für die Saisonarbeitskräfte in der Landwirtschaft
- ▶ Umwelt – Rückbau des Atomkraftwerks Biblis geht zügig voran
- ▶ Integrationspreis – Ausschreibung 2021 gestartet
- ▶ Logistik – Pilotprojekt Güter-Straßenbahn soll Lieferverkehre verringern

Zahl der Woche, Link der Woche, Hessenbilder, Impressum

Mehr dazu auf den folgenden Seiten

Kirche – Gottesdienstbesuch in Hessen an Ostern möglich

Die Regelung zu Gottesdienstbesuchen an Ostertagen wird genauso sein wie zu den vergangenen Weihnachtsfeiertagen. Darauf haben sich Ministerpräsident Volker Bouffier und die Spitzen der Evangelischen Kirchen und der Katholischen Bistümer in Hessen geeinigt.

„Wir haben hier ein erprobtes Verfahren, das sich bereits an Weihnachten erfolgreich bewährt hat“, erklärte Bouffier. „Es gilt, Wege zu finden, damit sich das Infektionsgeschehen nicht weiter ausbreitet. Die Vertreter der Kirchen haben versichert, dass effektive Maßnahmen hierfür getroffen werden.“ Zu den Voraussetzungen für Kirchenbesuche zählen, wie an Weihnachten: die Einhaltung des Mindestabstandes von 1,5 Metern, entsprechende Hygienemaßnahmen, die Maskenpflicht, eine Kontaktdatenerfassung sowie ein Anmeldeerfordernis zu den besonders gut besuchten Gottesdiensten. Darüber hinaus soll kein gemeinsamer Gesang stattfinden.

„Die christlichen Kirchen haben seit einem Jahr mit erfolgreichen Hygienekonzepten, vielen digitalen Angeboten und einem hohen Maß an Eigenverantwortung bewiesen, dass Gottesdienste auch in den Zeiten der Corona-Pandemie durchgeführt werden können“, unterstrich Bouffier. So wurde dies bereits an Weihnachten gehandhabt und so solle dies auch mit Blick auf die kommenden Ostertage gehandhabt werden. „Wir schaffen damit eine Möglichkeit, das Osterfest zu feiern und dennoch vorsichtig zu sein.“

Weitere Informationen.

Gesundheit – Hessische Hochschulen übernehmen Hebammen-Ausbildung

In Fulda, Frankfurt und Gießen wird es künftig insgesamt mindestens 140 Studienplätze pro Jahr für Hebammen geben. Damit wird in Hessen nicht nur, wie vom Bundesgesetzgeber vorgesehen, die Hebammenausbildung ab 2023 vollständig in Form eines Dualen Studiums angeboten, die Kapazität übertrifft dank finanzieller Unterstützung der Landesregierung sogar die der bisherigen Ausbildungswege.

Dort standen in Hessen bisher insgesamt rund 120 Plätze zur Verfügung. Die Vereinbarung stellten Wissenschaftsministerin Angela Dorn und die beteiligten Hochschulen, Universitäten und Universitätsklinika jetzt vor. Für die Hebammen-Ausbildung hat die Landesregierung im Zeitraum vom 2021 bis 2027 rund 22 Millionen Euro eingeplant.

Die Hochschule Fulda leistet mit dem dualen Bachelorstudiengang Hebammenkunde bereits seit 2012 Pionierarbeit. Sie wird künftig mit der Philips-Universität Marburg und dem Uniklinikum Gießen und Marburg (UKGM, Standort Marburg) kooperieren. In den kommenden beiden Jahren richten die Frankfurt University of Applied Sciences in Kooperation mit der Goethe-Universität und der Uniklinik Frankfurt sowie die Technische Hochschule Mittelhessen (THM) in Kooperation mit der Justus-Liebig-Universität Gießen und dem UKGM (Standort Gießen) weitere Studiengänge ein.

Damit werden Nord-, Mittel- und Südhessen gut abgedeckt und die Grundversorgung in Hessen sichergestellt.

Ausbildung und Kapazität verbessern

„Ich freue mich sehr, dass es uns gelingt, die Ausbildung nicht nur mit der Akademisierung auf eine neue Ebene zu heben, sondern auch die Kapazität deutlich zu steigern – denn diese zusätzlichen Fachkräfte werden gebraucht“, erklärte Dorn. „Hebammen sind bereits jetzt hervorragend ausgebildet; die Akademisierung trägt ihrer entscheidenden Rolle zusätzlich Rechnung. Auf ihren Schultern lastet eine sehr hohe Verantwortung: Sie stehen Frauen und Familien vor, während und nach der Geburt mit großem Wissen und hohem Einsatz beiseite. Sie arbeiten mit anderen Disziplinen zusammen, von der Medizin über Pflegefachkräfte bis zu sozialpädagogischen Fachleuten. Auch die akademische Ausbildung wird sowohl theoretisch und praktisch fundiert als auch interdisziplinär und interprofessionell angelegt sein. Mit ihr ist das Ziel verbunden, die Hebammenwissenschaften als eigenständiges Forschungsgebiet weiterzuentwickeln und wissenschaftlichen Nachwuchs auszubilden.“

Weitere Informationen.

Finanzen – Hessen setzt Maßstab mit europaweit beachtetem Haushaltsprojekt

Hessen hat als erstes Land und als eine der ersten Gebietskörperschaften in Europa einen Jahresabschluss nach Grundsätzen internationaler Rechnungsführung aufgestellt. Mit diesem europaweit beachtetem Haushaltsprojekt für solide und transparente Finanzen leistet das Land einen wichtigen Beitrag, um die Haushaltsführung innerhalb der EU-Mitgliedstaaten zu modernisieren und zu vereinheitlichen.

„Die Europäische Union hat sich vergleichbare, solide und transparente Haushaltsdaten ihrer Mitgliedstaaten zum Ziel gesetzt“, sagte Finanzminister Michael Boddenberg zum 1. IPSAS-Abschluss des Landes Hessen für das Jahr 2019.

„Genau diesem Anspruch wird Hessen mit seinen Geschäftsberichten seit Jahren gerecht. Wir sind daher gerne vorangegangen, um mit einem Jahresabschluss nach internationaler Rechnungsführung praktische Erfahrungen zu gewinnen und diese mit Europa zu teilen.“

Was ist IPSAS?

Die Abkürzung IPSAS steht für International Public Sector Accounting Standards. Dabei handelt es sich um internationale Rechnungsführungsgrundsätze für den öffentlichen Sektor. Als Reaktion auf die Finanz- und Staatsschuldenkrise 2008/2009 hatte die EU ein Gesetzespaket zur Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts verabschiedet. Dabei sollte auch geklärt werden, ob die internationalen Rechnungsführungsgrundsätze für den öffentlichen Sektor für die Mitgliedstaaten geeignet sind.

Was ist EPSAS?

Die Abkürzung EPSAS steht für European Public Sector Accounting Standards. Dahinter steht die Idee, einheitliche Rechnungslegungsstandards für alle Mitgliedsstaaten der EU zu entwickeln, um die Transparenz und die Vergleichbarkeit zu erhöhen. Nach Vorstellung der EU-Kommission sollte die Entwicklung der EPSAS von den bestehenden IPSAS als Referenz ausgehen und die Datenbasis für eine haushaltspolitische Überwachung auf EU-Ebene erheblich verbessern.

„Hessen liefert nun mit dem erst- und einmalig erstellten IPSAS-Abschluss ein Praxisbeispiel, wie diese Standards umgesetzt werden können. Wir möchten damit die weitgehend theoretische Diskussion der vergangenen Jahre bereichern und vorantreiben, denn gerade Deutschland ist hier viel zu zögerlich“, erläuterte Boddenberg.

Warum engagiert sich Hessen?

„Hessen ist seit Jahren Vorreiter transparenter Haushalte“, sagte Boddenberg. „Die Geschäftsberichte weisen Jahr für Jahr nicht nur aktuelle Ausgaben und Belastungen aus, sondern sie zeigen offen und schonungslos, welche Folgekosten politische Entscheidungen von heute noch in Jahren und Jahrzehnten haben werden. Polizistinnen und Polizisten etwa, die wir heute aus gutem Grund einstellen, damit Hessen sicher bleibt, werden in Jahrzehnten ihre verdienten Pensionszahlungen des Landes bekommen. Haushalte, die die doppelte Buchführung, kurz Doppik, anwenden, zeigen diese Zukunftskosten auf. Unsere Erfahrungen damit und nun auch mit dem IPSAS-Abschluss bringen wir in die Debatte ein, denn transparente und nachhaltige Finanzen sind im Interesse aller.“

Während Hessen bei der modernen Haushaltsführung vorangeht, hinkt Deutschland hinterher. Das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) hat kürzlich analysiert, wie weit die Mitgliedstaaten bei der Einführung doppischer Standards sind. Die Eurostat-Prognose: 2025 wird Deutschland Schlusslicht der Entwicklung sein.

Die aus deutscher Sicht an dem EPSAS-Projekt dem Grunde nach geäußerte Kritik macht sich u.a. an einer möglichen Beeinträchtigung des parlamentarischen Budgetrechts bei einer verpflichtenden Einführung von EPSAS und einem fraglichen Kosten-Nutzen-Verhältnis fest. Auch die Ausrichtung des Jahresabschlusses an IPSAS, die das Vorsichtsprinzip mit einem tendenziell niedrigeren Vermögens- und Ergebnisausweis nicht als vorrangigen Rechnungslegungsgrundsatz verankert haben, ist in Deutschland bislang äußerst kritisch gesehen worden. Es besteht die Sorge, dass mit IPSAS eine zu positive und damit unrealistische Darstellung der Haushaltslage einhergehen könnte.

„Transparente Finanzberichterstattung ist kein Selbstzweck“, sagte Boddenberg. „Politisch Entscheidende wie Bürgerinnen und Bürger benötigen einen klaren Blick auf die Staatsfinanzen und die Verwendung des Geldes der Steuerzahlenden. Daran sollten wir bei uns daheim, aber ganz sicher auch in Europa ein Interesse haben. Deutschland profitiert von der EU, bringt sich aber auch solidarisch mit viel Geld in die Gemeinschaft ein. Transparentes Haushalten zu vergleichbaren Maßstäben in

ganz Europa sollte uns daher ein wichtiges Anliegen sein. Deutschland sollte hierbei vorangehen, mitgestalten – und nicht auf der Bremse stehen.“

„Das kaufmännische Vorsichtsprinzip besitzt in Deutschland für die Bilanzierung der öffentlichen Hand zurecht einen hohen Stellenwert. Es lässt sich aber auch im Rahmen eines IPSAS-Abschlusses umsetzen – dies können wir am Beispiel des Landes Hessen nunmehr eindrucksvoll belegen“, erläuterte Boddenberg.

Wie geht es weiter?

Deutschland ist Teil der EPSAS Working Group, einer Arbeitsgruppe aller EU-Mitgliedstaaten. Ende April wird erstmals ein digitales Treffen dieser Gruppe von Deutschland ausgerichtet. Das Bundesfinanzministerium und das hessische Finanzministerium sind gemeinsam Gastgeber. Dort wird der IPSAS-Abschluss Hessens vorgestellt.

Weitere Informationen.

Wissenschaft – Prof. Dr. Sandra Ciesek „Hochschullehrerin des Jahres“

Wissenschaftsministerin Angela Dorn gratuliert der Professorin der Goethe-Universität Frankfurt Dr. Sandra Ciesek herzlich zum Titel „Hochschullehrerin des Jahres“. Der Deutsche Hochschulverband verleiht ihr gemeinsam mit Prof. Dr. Christian Drosten von der Berliner Charité die Auszeichnung für ihre Beiträge im Podcast „Coronavirus Update“ des Norddeutschen Rundfunks. Prof. Dr. Ciesek, Direktorin des Instituts für Medizinische Virologie am Universitätsklinikum Frankfurt, ist seit August 2020 im Wechsel mit Prof. Dr. Drosten Gesprächsgast des Formats. Der DHV würdigt beide als „Corona-Aufklärer“. „Ich freue mich sehr über diese Auszeichnung für Prof. Dr. Ciesek und Prof. Dr. Drosten, weil ihr Engagement alles andere als selbstverständlich ist“, erklärte Dorn. „Ich weiß, wie viel Arbeit Prof. Dr. Ciesek jeden Tag leistet, welche Verantwortung sie trägt und leider auch, welchen Anfeindungen sie gerade wegen ihrer öffentlichen Auftritte ausgesetzt ist. Die Corona-Pandemie zeigt so klar wie selten zuvor: Die Welt braucht klare Fakten, verständlich erklärt. Wissen und seine verständliche Vermittlung machen uns als Gesellschaft immun gegen Angstmacherei, Manipulation und Lügen. Wissen ist der beste Impfstoff – gegen die Pandemie und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.“ Weitere Informationen.

Corona-Pandemie – Schutz für die Saisonarbeitskräfte in der Landwirtschaft

In Hessen steht die Erntesaison an – und wie im Vorjahr sind die Rahmenbedingungen durch die Pandemie erschwert. Um sicherzustellen, dass Erntehelferinnen und Erntehelfer in Hessen gut vor dem Coronavirus geschützt werden, haben die drei hessischen Regierungspräsidien in Kooperation mit der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau in Kassel 2020

insgesamt 133 landwirtschaftliche Betriebe und 32 Betriebe der Weinwirtschaft mit zusammen fast 6.000 Saisonarbeitskräften überprüft. Das Ergebnis der Auswertung der vom Sozialministerium koordinierten Untersuchung: Die Situation in Hessen ist sehr gut. Über 90 Prozent der Betriebe arbeiten vorschriftsmäßig. „Für uns ist es wichtig, gerade in Arbeitsbereichen, in denen es oft schwierig ist, alle Hygieneregeln einzuhalten, Aufklärung zu betreiben und durch regelmäßige Kontrollen zu gewährleisten, dass die Menschen, die als Saisonarbeitskräfte eingesetzt werden, gut geschützt sind“, sagte Sozialminister Kai Klose. [Weitere Informationen.](#)

Umwelt – Rückbau des Atomkraftwerks Biblis geht zügig voran

Der Rückbau des Atomkraftwerks Biblis geht nach den Worten von Umweltministerin Priska Hinz zügig voran. „Wir sind im Zeitplan. Damit das auch so bleibt, ist die Entsorgung der anfallenden Abfallmengen unverzichtbar“, erklärte Prinz im Umweltausschuss des Hessischen Landtags. Im Zuge des Rückbaus fallen auf dem Gelände des Atomkraftwerks in Biblis Abfälle an wie z.B. Bauschutt. Ein großer Teil der Abfälle ist überhaupt nicht radioaktiv belastet und kann wieder in die Kreislaufwirtschaft überführt, recycelt und weiterverwendet werden. Ein anderer Teil der Abfälle wird freigemessen und kann im Anschluss auf eine geeignete Deponie gebracht werden. Eine Freimessung ist ein wissenschaftlich anerkannter und messtechnischer Nachweis, der zeigt, dass das Material, das beim Rückbau anfällt, so wenig Radioaktivität aufweist, dass es für Mensch und Umwelt ungefährlich ist. Eine Freimessung erfolgt nach strengen, rechtlichen Vorgaben, sodass der Schutz der Bevölkerung sowie der der Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Atomkraftwerk als auch auf der Deponie jederzeit gewährleistet ist. [Weitere Informationen.](#)

Integrationspreis – Ausschreibung 2021 gestartet

Der Integrationspreis der Hessischen Landesregierung wird in diesem Jahr zum Thema „Teilhabe und Gesundheit in Pandemiezeiten“ ausgeschrieben. „Wir prämiieren Projekte und Maßnahmen, die sich für das respektvolle Miteinander in Hessen einsetzen. Wir würdigen in diesem Jahr insbesondere Menschen, die seit Monaten unter erschwerten Bedingungen dafür sorgen, dass allen Hessinnen und Hessen gleiche Chancen gewährt werden“, sagte Sozialminister Kai Klose. Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und der Zugang zum Gesundheitssystem für alle Menschen auch in Pandemiezeiten sind dafür zentrale Voraussetzungen. „Dazu leisten Engagierte in Institutionen, Initiativen, Vereinen und Projekten mit ihrem Einsatz und ihren Ideen entscheidenden Beitrag. Im Gesundheitsbereich ist dieser Beitrag in der momentanen Lage besonders gefragt“, sagte Klose. Solch herausragenden, oft ehrenamtlich erbrachten Einsatz öffentlich zu würdigen, ist der Zweck des Hessischen Integrationspreises. Außerdem ist die Auszeichnung, die in diesem Jahr zum achtzehnten Mal verliehen wird, mit 20.000 Euro dotiert. [Weitere Informationen.](#)

Logistik – Pilotprojekt Güter-Straßenbahn soll Lieferverkehre verringern

Mit weiteren 136.000 Euro beteiligt sich Hessen an der Erprobung einer Güter-Straßenbahn in Frankfurt. Der Zuschuss fließt an die Frankfurt University of Applied Sciences, wie Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir mitteilte. „Klimafreundliche Logistik ist ein Zukunftsthema“, sagte Al-Wazir. „In Hessen sollen die Konzepte dafür entstehen – sowohl für den Fernverkehr wie auch für die berühmte letzte Meile.“ In Frankfurt untersuchte die Hochschule seit 2018 zusammen mit der Verkehrsgesellschaft Frankfurt (VGF) und dem Paketdienst Hermes, ob Straßenbahnen dazu beitragen können, Innenstädte vom Lieferverkehr zu entlasten, indem sie Pakete von Umschlagplätzen am Cityrand so weit in den Stadtkern befördern, dass sie dort von Fahrradkurieren übernommen werden können. Dabei konnten praktische Tests die grundsätzliche Machbarkeit nachweisen. Berechnungen ergaben, dass die Cargo-Tram im Vergleich mit Lieferwagen über die Hälfte des Treibhausgases CO₂ einspart. Dieses Projekt hatte das Land bereits mit 210.000 Euro unterstützt. [Weitere Informationen](#).

Zahl der Woche

8.655 Auszubildende zur Erzieherin und zum Erzieher

Im Ausbildungsjahr 2020/2021 befinden sich an den hessischen Fachschulen für Sozialwesen, Fachrichtung Sozialpädagogik, 8.655 Personen in der Ausbildung zur staatlich anerkannten Erzieherin bzw. zum staatlich anerkannten Erzieher. Das sind 3,3 Prozent mehr als im vergangenen Jahr. Noch nie zuvor haben sich so viele Menschen in Hessen zur Erzieherin und zum Erzieher ausbilden lassen. Quelle: [Sozialministerium](#)

Link der Woche

[Corona Test Hessen](#)

Eine gute Woche nach der Veröffentlichung der neuen Test-Verordnung des Bundes gibt es in Hessen bereits knapp 400 Teststellen, bei denen sich Bürgerinnen und Bürger kostenlos auf das Corona-Virus testen lassen können. „Um die Informationen zu den Testmöglichkeiten noch leichter zugänglich zu machen, haben wir die bestehende Übersicht durch eine neue Online-Seite ersetzt“, sagte Gesundheitsminister Kai Klose.

Hessenbilder



Die „Alte Lahnbrücke“ überspannt seit dem 14. Jahrhundert den Fluss in Limburg. Sie war Teil der Fernverbindungen von Köln nach Frankfurt und von Siegen nach Wiesbaden. Erst in den 1960-er Jahren verlor sie mit dem Bau einer neuen Brücke ihre Bedeutung für den überregionalen Verkehr. Foto: Klaus Euteneuer

Impressum

Der Newsletter der Hessischen Landesregierung wird herausgegeben von:

Hessische Staatskanzlei
Georg-August-Zinn-Str. 1
65183 Wiesbaden

Verantwortlich:
Staatssekretär
Michael Bußer
Sprecher der Landesregierung

Redaktion:
Klaus Euteneuer